

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 50 | 11.12.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## Neue Auflage

*Franz Leidenmühler*

### Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Lehrbuch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union. Einblicke in die aktuelle Judikatur des EuGH und Testsequenzen zur Überprüfung des Erlernten runden das Lehrmaterial ab. Bei der vorliegenden vierten Auflage handelt es sich um die – bereits um die BREXIT-Änderungen aktualisierte –erweiterte Fassung des Studienbuchs.

ISBN 978-3-902883-44-5, 4. Auflage, XX und 301 Seiten, Harteinband, 45 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 124/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die **Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt**

### [BGBl II 544/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (**2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV**)

### [BGBl II 548/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **Verordnung über Bildungsstandards im Schulwesen** geändert wird

### [BGBI II 549/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die **Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt**

### [BGBI II 550/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, mit der die Verordnung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz 2017 (**VGÜ 2017**) geändert wird

### [BGBI II 556/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die **Neufestsetzung einer Pauschalvergütung des Bundes für Leistungen der nach § 45 RAO bestellten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte**

### [BGBI III 205/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die **Beendigung des Handelsübereinkommens** zwischen **Österreich** und **Spanien**

### [BGBI II 211/2020](#)

Annahme einer neuen Anlage VII zum Rotterdamer Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennnissetzung für bestimmte **gefährliche Chemikalien** sowie **Pestizide** im **internationalen Handel**

## **II. AMTSBLATT DER EU**

### [ABI L 409 v 04.12.2020, 1](#)

Richtlinie (EU) 2020/1828 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über **Verbandsklagen** zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG (Text von Bedeutung für den EWR)

### [ABI L 412 v 08.12.2020, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/2002 der Kommission vom 7. Dezember 2020 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die **Meldung gelisteter Seuchen** innerhalb der Union und die Berichterstattung über gelistete Seuchen innerhalb der Union, in Bezug auf Formate und Verfahren für die Vorlage von **Überwachungsprogrammen** in der Union und von Tilgungsprogrammen und die Berichterstattung darüber sowie für Anträge auf Anerkennung des **Status „seuchenfrei“** sowie in Bezug auf das elektronische Informationssystem

### [ABI L 415 v 10.12.2020, 53](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2020/2019 der Kommission vom 9. Dezember 2020 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses 2014/709/EU mit tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zur **Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest** in bestimmten Mitgliedstaaten (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2020) 8984) (Text von Bedeutung für den EWR)

### III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

#### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

06.10.2020, [G 121/2019 ua](#)

**Wr Rettungs- und KrankentransportG; SanitärerG;** Zurückweisung eines **Individualantrags** auf Aufhebung des Wr Rettungs- und KrankentransportG sowie des SanitärerG mangels **Darlegung der Betroffenheit und Bedenken**; Möglichkeit der Antragstellung auf Erteilung einer Bewilligung zum Betrieb eines privaten Krankentransportdienstes für den Transport von Personen ohne medizinische Betreuung durch Sanitäter

07.10.2020, [G 196/2020](#)

**VwGG;** keine Verletzung des **Rechtsstaatsprinzips**, im Gleichheitsrecht und im Recht auf ein faires Verfahren durch eine – hinreichend determinierte – Bestimmung des VwGG betreffend die Erklärung über den „**Umfang der Anfechtung**“ bei **Amtsrevisionen**; wesentliche Unterschiede zwischen Amts- und Parteirevision rechtfertigen die unterschiedlichen Anforderungen an den Inhalt der jeweiligen Revision

07.10.2020, [G 221/2020](#)

**Wr WettenG; GlücksspielG;** keine Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des Wr WettenG betreffend die **Vorschreibung von Beschlagnahmungskosten** der Behörde an den Wettunternehmer im Falle dessen unrechtmäßiger Tätigkeit; erforderliche Kostenvorschreibung an den Wettunternehmer als eigentlichen Verursacher der Beschlagnahme – neben dem Bestraften nach dem VStG – zum Zweck der Missbrauchsvermeidung von Bedarfskompetenz gedeckt

07.10.2020, [G 227/2020](#)

**Arbeitsvertrags-AnpassungsG;** keine Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des Arbeitsvertrags-AnpassungsG betreffend vom VStG abweichende – längere – Verjährungsfristen; Unerlässlichkeit der **längeren Strafbarkeitsverjährung** auf Grund den – aus verwaltungsökonomischen Gründen bedingten – mehrjährigen Abständen zw den Prüfungen lohnabhängiger Abgaben und Beiträgen sowie wegen oftmals auftretenden Verfahrensverzögerungen bei Beschuldigten aus dem Ausland

07.10.2020, [G 289/2020 ua](#) (Anlassfall [E 4209/2019](#))

**ErwachsenenschutzvereinsG;** keine Verfassungs- bzw Gesetzswidrigkeit von Bestimmungen des ErwachsenenschutzvereinsG sowie einer VO betreffend die Feststellung der Eignung von Vereinen zur Versorgung betroffener Personen; **Beschränkung auf einen einzigen Erwachsenenschutzverein** für einen bestimmten sachlichen und räumlichen Tätigkeitsbereich im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

08.10.2020, [W I 6/2020](#)

**Nö GemeindeO; Nö GemeinderatswahIO;** Stattgabe der Anfechtung der **Wahl des Gemeindevorstands** einer Nö Gemeinde beginnend mit der Aufteilung der Anzahl der geschäftsführenden Stadträte; keine Verteilung der Anzahl der geschäftsführenden Stadträte „nach dem Verhältnis der Parteisummen“ gem der Nö GemeindeO

08.10.2020, [V 505/2020](#)

**GlücksspielG;** Unzulässigkeit eines Antrags betreffend die **Aufhebung der Kundmachung einer Bundesministerin** mangels Verordnungsqualität; Kundmachung eines Beschlusses des VwGH betreffend gleichartige Rechtsfragen in einer erheblichen Anzahl von Verfahren bewirkt lediglich erhöhte Publizität und stellt kein taugliches Anfechtungsobjekt dar

08.10.2020, [E 332/2020](#)

**AVG;** Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** betreffend die **Untersagung einer Versammlung**; Unzulässigkeit der meritorischen Entscheidung des VwG über eine elektronisch zugestellte – mangels Amtssignatur nicht als Bescheid zu wertende – Erledigung der Landespolizeidirektion Wien

02.12.2020, [UA 3/2020](#)

**VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse**; Verpflichtung der Bundesministerin für Justiz, dem Untersuchungsausschuss betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung (Ibiza-Untersuchungsausschuss) das Ton- und Bildmaterial des „Ibiza-Videos“ und die dazugehörigen Transkripte im Umfang des Gegenstands der Untersuchung unabgedeckt (ungeschwärzt) vorzulegen; Justizministerin ist zu Verweigerung der Vorlage erforderlicher **Behauptungs- und Begründungspflicht** hinsichtlich der abstrakten Relevanz der Akten – bislang – nicht nachgekommen

26.11.2020, [E 3412/2020](#); [E 3417/2020](#); [E 3544/2020](#)

**EpidemieG; COVID-19-MaßnahmenG**; Ablehnung der Behandlung von Beschwerden betreffend **Entschädigung für von COVID-19-Maßnahmen betroffenen Unternehmen**; § 4 Abs 2 COVID-19-MaßnahmenG sieht Nichtanwendung der Bestimmungen des EpidemieG „betreffend die Schließung von Betriebsstätten“ vor, wenn zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 eine VO nach § 1 dieses Gesetzes erlassen worden ist; keine verfassungsrechtlichen Bedenken: § 4 Abs 2 COVID-19-MaßnahmenG erfasst alle auf Grund von § 1 leg cit verfügten Maßnahmen; keine (allenfalls unsachliche) Differenzierung zw Betriebsschließungen, Betretungsverboten und anderen (weniger eingreifenden) Maßnahmen vor; Einbettung der nach dem COVID-19-MaßnahmenG verfügten Maßnahmen in ein umfangreiches Maßnahmen- und Rettungspaket

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

14.10.2020; [Ra 2020/22/0106](#)

**AVG**; ein **Verbesserungsauftrag** nach § 13 Abs 3 AVG ist immer nur dann gesetzmäßig, wenn der angenommene Mangel tatsächlich vorliegt; wurde zu Unrecht die Mangelhaftigkeit des Anbringens angenommen (und wäre in der Sache zu entscheiden gewesen), ist die deshalb ergangene zurückweisende Entscheidung unabhängig davon inhaltlich rechtswidrig, ob der Einschreiter nur eine teilweise oder nur eine verspätete „Verbesserung“ vornimmt oder diese gar nicht versucht

20.10.2020; [Ra 2019/22/0135](#)

**AVG**; dem Verfahren vor dem VwG ist eine **antizipierende Beweiswürdigung** fremd

02.11.2020; [Ro 2020/09/0014](#)

**B-VG; EMRK**; es obliegt dem Präsidenten als gerichtsintern höchstes Leitungsorgan der monokratischen Justizverwaltung iRd Organisationsverantwortung und Fürsorgepflicht des Dienstgebers die Unterstützungen der Richter für die Ausübung ihrer Tätigkeiten sicherzustellen und im Bedarfsfall punktuell zu konzentrieren; diese zur **Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Gerichtsbetriebs** flankierenden Reaktionsmöglichkeiten und -notwendigkeiten der Justizverwaltung auf unterschiedliche Rahmenbedingungen setzen das Vorhandensein ausreichender Ressourcen voraus; daraus resultiert ein komplexes Gefüge von (Mit-)Verantwortlichkeiten für die rückstandsfreie Führung einer Gerichtsabteilung bzw des ganzen Gerichtsbetriebs, die auch den (jeweiligen) Gesetzgeber iSe Zurverfügungstellung ausreichender Ressourcen für die Erfüllung der justitiellen Staatsaufgaben innerhalb angemessener Zeit einschließt; dabei sind auch die vom EGMR in seiner Judikatur zu Art 6 MRK entwickelten Kriterien zur Beurteilung der Angemessenheit der Verfahrensdauer zu berücksichtigen

## **C. VERWALTUNGSGERICHE**

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [03.12.2020, Rs C-311/19, BONVER WIN](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Dienstleistungsfreiheit** – Beschränkungen – Nationale Regelung, die das Betreiben von Glücksspielen an bestimmten Orten untersagt – Anwendbarkeit von Art. 56 AEUV – Vorliegen eines grenzüberschreitenden Bezugs

#### [03.12.2020, Rs C-62/19, Star Taxi App](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art. 56 AEUV – Anwendbarkeit – Rein innerstaatlicher Sachverhalt – Richtlinie 2000/31/EG – Art. 2 Buchst. a – Begriff ‚Dienste der Informationsgesellschaft‘ – Art. 3 Abs. 2 und 4 – Art. 4 – Anwendbarkeit – Richtlinie 2006/123/EG – Dienstleistungen – Kapitel III (Niederlassungsfreiheit der Dienstleistungserbringer) und IV (**Freier Dienstleistungsverkehr**) – Anwendbarkeit – Art. 9 und 10 – Richtlinie (EU) 2015/1535 – Art. 1 Abs. 1 Buchst. e und f – Begriff ‚Vorschrift betreffend Dienste‘ – Begriff ‚technische Vorschrift‘ – Art. 5 Abs. 1 – Fehlen einer vorherigen Übermittlung – Möglichkeit der Geltendmachung – Tätigkeit, mit der Personen, die eine innerstädtische Fahrt unternehmen möchten, und zugelassene Taxifahrer mittels einer Smartphone-Applikation miteinander in Kontakt gebracht werden – Einstufung – Nationale Regelung, die diese Tätigkeit einer **Zulassungspflicht** unterwirft

#### [08.12.2020, Rs C-584/19, Staatsanwaltschaft Wien \(Ordres de virement falsifiés\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Europäische Ermittlungsanordnung – Richtlinie 2014/41/EU – Art. 1 Abs. 1 – Art. 2 Buchst. c Ziff. i und ii – Begriffe ‚Justizbehörde‘ und ‚Anordnungsbehörde‘ – Von der Staatsanwaltschaft eines Mitgliedstaats erlassene Europäische Ermittlungsanordnung – Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive

#### [08.12.2020, Rs C-626/18, Polen / Parlament und Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Richtlinie (EU) 2018/957 – Freier Dienstleistungsverkehr – **Entsendung von Arbeitnehmern** – Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen – Entlohnung – Entsendungsdauer – Bestimmung der Rechtsgrundlage – Art. 53 und 62 AEUV – Änderung einer bestehenden Richtlinie – Art. 9 AEUV – Diskriminierungsverbot – Erforderlichkeit – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Verordnung (EG) Nr. 593/2008 – Anwendungsbereich – Straßenverkehr – Art. 58 AEUV

#### [08.12.2020, Rs C-620/18, Ungarn/ Parlament und Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Richtlinie (EU) 2018/957 – Freier Dienstleistungsverkehr – **Entsendung von Arbeitnehmern** – Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen – Entlohnung – Entsendungsdauer – Bestimmung der Rechtsgrundlage – Art. 53 und 62 AEUV – Änderung einer bestehenden Richtlinie – Art. 9 AEUV – Missbrauch von Befugnissen – Diskriminierungsverbot – Erforderlichkeit – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – **Reichweite** des Grundsatzes des freien Dienstleistungsverkehrs – Straßenverkehr – Art. 58 AEUV – Verordnung (EG) Nr. 593/2008 – Anwendungsbereich – Grundsätze der Rechtssicherheit und der Normenklarheit

#### [09.12.2020, Rs C-132/19 P, Groupe Canal +/ Kommission](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – Kartelle – Ausstrahlung im Fernsehen – Verordnung (EG) Nr. 1/2003 – Art. 9 und Art. 16 Abs. 1 – Entscheidung, mit der Verpflichtungszusagen für bindend erklärt werden – Absoluter territorialer Schutz – Ermessensmissbrauch – Vorläufige Beurteilung – Europäische Kommission nicht verpflichtet, Ausführungen zu Art. 101 Abs. 3 AEUV zu berücksichtigen – Vereinbarungen, die eine Abschottung der nationalen Märkte bezwecken – Kommission nicht verpflichtet, jeden einzelnen betroffenen nationalen Markt zu analysieren – Verhältnismäßigkeit – Beeinträchtigung der vertraglichen Rechte Dritter

#### [10.12.2020, Rs C-774/19, Personal Exchange International](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Verordnung (EG) Nr. 44/2001 – Art. 15 Abs. 1 – Zuständigkeit für Verbrauchersachen – Begriff ‚Verbraucher‘ – Pokerspiel-Vertrag, der online zwischen einer natürlichen

Person und einem Glücksspiel-Veranstalter geschlossen wurde – Natürliche Person, die ihren Lebensunterhalt mit Online-Pokerspielen verdient – Kenntnisse dieser Person – Regelmäßigkeit der Tätigkeit

#### [10.12.2020, Rs C-735/19, Euromin Holdings \(Cyprus\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gesellschaftsrecht** – Richtlinie 2004/25/EG – Übernahmeangebot – Art. 5 Abs. 4 Unterabs. 1 und 2 – Schutz der Minderheitsaktionäre – Pflichtangebot – Berechnungsmethode für den Wert der Aktien zur Bestimmung des angemessenen Preises – Befugnis zur Änderung des angemessenen Preises – Ausnahmen von der Standard-Berechnungsmethode unter ganz bestimmten Voraussetzungen und nach eindeutig festgelegten Kriterien – **Haftung des betreffenden Mitgliedstaats** – Schaden, der dem Bieter aufgrund eines zu hohen Angebotspreises entstanden ist

#### [10.12.2020, Rs C-620/19, J & S Service](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Personenbezogene Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art. 23 – Beschränkung der Rechte der betroffenen Person – Wichtiges finanzielles Interesse – Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche – Nationale Vorschriften, die auf Bestimmungen des Unionsrechts verweisen – Steuerliche Daten betreffend eine juristische Person – Unzuständigkeit des Gerichtshofs

#### [10.12.2020, Rs C-616/19, Minister for Justice and Equality \(Demande de protection internationale en Irlande\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Asylpolitik** – Verfahren zur Zuerkennung und Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft – Richtlinie 2005/85/EG – Art. 25 Abs. 2 – Unzulässigkeitsgründe – Zurückweisung eines Antrags auf internationalen Schutz als unzulässig durch einen Mitgliedstaat aufgrund der früheren Gewährung subsidiären Schutzes an den Antragsteller in einem anderen Mitgliedstaat – Verordnung (EG) Nr. 343/2003 – Verordnung (EU) Nr. 604/2013

#### [10.12.2020, Rs C-488/18, Golfclub Schloss Igling](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerrecht** – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art. 132 Abs. 1 Buchst. m – Befreiung für ‚bestimmte, in engem Zusammenhang mit Sport und Körperertüchtigung stehende Dienstleistungen‘ – Unmittelbare Wirkung – Begriff der Einrichtungen ohne Gewinnstreben

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

#### [03.12.2020, Rs C-470/19, Friends of the Irish Environment \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Zugang** zu von Behörden verwalteten **Umwelthinformationen** – Übereinkommen von Aarhus – Richtlinie 2003/4/EG – Begriff ‚Handeln in gerichtlicher Eigenschaft‘

#### [08.12.2020, Rs C-383/19, Ubezpieczeniowy Fundusz Gwarancyjny \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechtsangleichung** – Richtlinie 2009/103/EG – Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Art. 3 Abs. 1 – Verpflichtung zum Abschluss einer Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Fahrzeug, das aufgrund seines technischen Zustands nicht fahrbereit ist – Aufgabenzuweisung gemäß Art. 267 AEUV – Auslegung und Anwendung von Unionsrecht

#### [09.12.2020, Rs C-414/20 PPU, MM \(GA De la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorlageverfahren – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art. 6 Abs. 1 und Art. 8 Abs. 1 Buchst. c – Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – Europäischer Haftbefehl, der aufgrund eines nationalen Rechtsakts über die Heranziehung als Beschuldigter ausgestellt worden ist – Begriff ‚Haftbefehl oder eine andere vollstreckbare justizielle Entscheidung mit gleicher Rechtswirkung‘ – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art. 47 – Effektiver gerichtlicher Rechtsschutz

#### [09.12.2020, Rs C-815/19, Natumi \(GA De la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr. 834/2007 – Verordnung (EG) Nr. 889/2008 – **Ökologische/biologische Produktion** und **Kennzeichnung** von ökologischen/biologischen Erzeugnissen – Verwendung bestimmter

nichtökologischer/nichtbiologischer Zutaten landwirtschaftlichen Ursprungs bei der Verarbeitung von Lebensmitteln – Lithothamnium-Alge (Lithothamnium calcareum) – Hinweis ‚Calcium

#### [10.12.2020, Rs C-416/20 PPU, Generalstaatsanwaltschaft Hamburg \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Europäischer **Haftbefehl** und **Übergabeverfahren** zwischen den Mitgliedstaaten – Art. 4a – Gründe, aus denen die Vollstreckung abgelehnt werden kann – Richtlinie (EU) 2016/343 – Art. 8 und 9 – Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung in Strafverfahren – Flucht der verfolgten Person

#### [10.12.2020, Rs C-784/19, TEAM POWER EUROPE \(GA Sanchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Entsendung von Arbeitnehmern** – Soziale Sicherheit – Anzuwendende Rechtsvorschriften – Verordnung (EG) Nr. 883/2004 – Art. 12 Abs. 1 – Verordnung (EG) Nr. 987/2009 – Art. 14 Abs. 2 – **Leiharbeitsunternehmen** – Gewöhnliche Ausübung der Tätigkeit – Bestimmung des Mitgliedstaats, in dem der Arbeitgeber seine Tätigkeit gewöhnlich ausübt – Verpflichtung, einen nennenswerten Teil der Tätigkeit der vorübergehenden Arbeitnehmerüberlassung zugunsten von Unternehmen mit Sitz in demselben Mitgliedstaat zu verrichten

#### [10.12.2020, Rs C-617/19, Granarolo \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Richtlinie 2003/87/EG – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** – Art. 3 Buchst. e – Begriff ‚Anlage‘ – Begriff ‚Tätigkeiten, die in einem technischen Zusammenhang stehen‘ – Art. 3 Buchst. f – Begriff ‚Betreiber‘ – Veräußerung einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage – Energieliefervertrag zwischen der Veräußerin und der Erwerberin – Ablehnung des Antrags auf Aktualisierung der Genehmigung zur Emission von Treibhausgasen der Veräußerin

#### [10.12.2020, Rs C-950/19, Patentti- ja rekisterihallituksen tilintarkastuslautakunta \(GA Sanchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – **Abschlussprüfer** – Richtlinie 2006/43/EG – Art. 22a – **Karenzzeit** für die Einstellung früherer Abschlussprüfer durch das geprüfte Unternehmen – Verstoß gegen das Verbot der Übernahme einer zentralen Führungsposition in dem geprüften Unternehmen – Unabhängigkeit der Abschlussprüfer

## **C. GERICHT**

#### [09.12.2020, Rs T 722/18, Repsol/ EUIPO - Basic \(BASIC\)](#)

Unionsmarke – **Nichtigkeitsverfahren** – Unionsbildmarke BASIC – Ältere nationale Handelsnamen basic und basic AG – Relative Eintragungshindernisse – Benutzung eines Zeichens von mehr als lediglich örtlicher Bedeutung im geschäftlichen Verkehr – Art. 8 Abs. 4 und Art. 53 Abs. 1 Buchst. c der Verordnung (EG) Nr. 207/2009 (jetzt Art. 8 Abs. 4 und Art. 60 Abs. 1 Buchst. c der Verordnung [EU] 2017/1001) – **Teilweise Nichtigerklärung** – Entscheidung, die ergangen ist, nachdem das Gericht eine ältere Entscheidung aufgehoben hat – Zurückverweisung der Sache an eine Beschwerdekammer – Unzuständigkeit der zurückverweisenden Stelle – Art. 1d der Verordnung (EG) Nr. 216/96 – Anschlussklage

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

#### **08.12.2020, Beschwerde Nr [59006/1](#), M.M. / Schweiz**

**Keine Verletzung von Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Ausweisung des Bf aus der Schweiz für fünf Jahre nach Verhängung einer 12-monatigen FS auf Bewährung (sexuelle Handlungen mit Kind und Drogenkonsum); ernsthafte Prüfung der persönlichen Situation und der auf dem Spiel stehenden Interessen durch innerstaatliche Gerichte; stichhaltige Argumente für befristete Ausweisung

#### **08.12.2020, Beschwerde Nr [26764/12](#), Victor Rotaru / Republik Moldau**

**Verletzung von Art 2 4. ZPEMRK** (Freizügigkeit); **mehnjährige Weigerung** der inländischen Behörden hinsichtlich Ausstellung eines Reisepasses, aufgrund Versäumnis des Bf, Schuld ggü Bank zurückzuzahlen; **Nichtrückzahlung einer Schuld**

als gesetzliche Bedingung für Ausstellung erfüllt; keine festgelegte der Dauer; keine innerstaatliche Überprüfung der Verhältnismäßigkeit; keine ausreichenden Verfahrensgarantien

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Annreither, Univ.-Ass. Mag. Stephanie Blechinger, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.